Transparenz bei Probebohrungen nach unkonventionellem Erdgas schaffen (Plenarsitzung vom 30.03.2011)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Brems. – Für die Fraktion Die Linke spricht der Abgeordnete Sagel.

Rüdiger Sagel (LINKE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Inkonsequenz haben wir hier aber auch auf allen Seiten. Das gilt auch für die Grünen. Transparenz, wie sie der FDP-Antrag fordert, hört sich zunächst gut an. Das hätte sich vielleicht auch noch vor ein paar Monaten gut angehört. Nur ist die Situation mittlerweile ganz anders.
Wir haben zwar eine gewisse Transparenz; aber wir Linke haben hier im Landtag schon vor zwei Monaten ein Verbot dieser Erdgasgewinnung und ein Verbot des damit verbundenen Fracking und der Probebohrungen beantragt. All das haben wir schon längst beantragt. Die FDP will sich jetzt an die Spitze einer Bewegung setzen, die längst an ihr vorbeigezogen ist. Das gehört auch zur Realität.

(Beifall von der LINKEN)

Sie bei den Grünen sollten sich auch nicht zu sehr freuen. Auch Sie hätten vor zwei Monaten längst die Chance gehabt, unserem Antrag zuzustimmen. Weder die Grünen noch die SPD haben einen Antrag gestellt. Das zu Ihrer Inkonsequenz!
Was hier im Augenblick politisch passiert, ist auch interessant: Auf der einen Seite werfen Sie CDU und FDP vor, ein Moratorium bei der Atomenergie zu machen, Sie selber machen aber auf der anderen Seite ein Moratorium beim Gas-Fracking. Das ist genau dieselbe Inkonsequenz, die man CDU und FDP vorwerfen kann. Sie werfen es ihnen in der Atomenergie vor, machen es aber als Grüne und SPD in Nordrhein-Westfalen selber beim Gas-Fracking. Das gehört auch zur Wahrheit, und das muss man den Leuten klipp und klar sagen.
Würden Sie hier endlich konsequente Politik machen, würden Sie verbieten, dass solche Probebohrungen stattfinden können. Ich war auch in Dortmund bei dem Hearing, das der Regierungspräsident von Arnsberg veranstaltet hat. Dabei ist sehr klar herausgekommen, dass alle Experten nicht ausschließen konnten, dass es zu Problemen und Gefährdungen kommt. Das gehört auch zur Wahrheit. Diese Wahrheit wird leider auch von den Grünen, die sich immer gerne an die Spitze der Umweltbewegung setzen, verschwiegen.
Was auch zur Wahrheit gehört, ist, dass das Bergrecht längst hätte geändert werden können. Ich habe das als Grüner damals immer wieder heftig kritisiert. „Bergrecht bricht Menschenrecht!“, habe ich immer gesagt. Sie hätten die UVP als zwingende Maßnahme längst einführen können. All das ist

nicht passiert, auch zwischen 1998 und 2005 nicht. Auch das gehört zur Inkonsequenz der Politik der Grünen.

Es ist klar, dass Energiekonzerne höchstes Interesse daran haben – weil die Gaspreise in Zukunft wahrscheinlich deutlich steigen werden. Dass Sie sich jetzt auf der einen Seite für ein Moratorium und ein Gutachten aussprechen, aber auf der anderen Seite nicht konsequent sagen, dass Sie eigentlich dagegen sind, sondern genau das Gegenteil behaupten, nämlich dass Sie sich nicht grundsätzlich gegen diese Gasgewinnung aussprechen wollen – so hat sich Umweltminister Remmel von den Grünen geäußert –, macht das deutlich, wie Sie herumeiern, dass Sie in dieser Angelegenheit überhaupt keinen klaren Kurs fahren. Die SPD wird wahrscheinlich noch wesentlich weitergehende Dinge haben.

Schauen wir uns einmal die Realität der Erdgasgewinnung an. Ich habe als Bergbauingenieur selber auf Bohrtürmen gearbeitet; ich weiß, wie es da zugeht. Ich weiß, dass diese Bohrungen eben nicht sicher sind. Ich weiß auch, welche Häufigkeit gerade bei Bohrungen nach unkonventionellem Erdgas notwendig ist. 200 Bohrungen im Jahr – das muss man sich einmal vorstellen.

Niemand kann ausschließen, dass es dabei zu Problemen kommt. Genau das haben wir in Niedersachsen schon erlebt. Die ersten Bohrungen, die da stattgefunden haben, haben schon direkte Auswirkungen gehabt. Genau die Trinkwassergefährdung, die auch der Chef von Gelsenwasser kritisiert hat, ist dort eingetreten. All diese Probleme kann man in den USA längst sehen. Der Konzern Exxon ist als Verursacher gewaltiger Umweltauswirkungen bekannt. Man kann da längst sehen, wie es in der Realität zugeht.

Sie alle hier sagen nach wie vor: Na ja, wir wollen uns das Türchen offenhalten. – Sie hoffen, dass sich die Bevölkerung wieder beruhigt. Ich kann Ihnen sagen, das wird nicht der Fall sein. Jeden Tag gründen sich Bürgerinitiativen. Vor zwei Tagen habe ich eine Veranstaltung gemacht. Gleich nach der Veranstaltung hat sich in Bergkamen eine neue Bürgerinitiative gegründet. Überall gründen sich jetzt Bürgerinitiativen. Ich habe mittlerweile so viele Termine zu dem Thema, dass ich kaum nachkommen kann.

Das ist die Realität. Sie sollten sich hier endlich konsequent verhalten und klipp und klar sagen: Dieses unkonventionelle Erdgas wollen wir nicht. Es ist völlig falsch, in einem dicht besiedelten Raum wie Nordrhein-Westfalen dieses Erdgas zu fördern. Das gefährdet Mensch und Umwelt, und das muss ausgeschlossen werden.

(Beifall von der LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Schneider in Vertretung für Herrn Minister Voigtsberger.